



Wohnen

Ist es ein Recht oder eine Quelle für Profit und Spekulationen?

Am 26. September stimmten 59,1 % der Berliner*innen für einen Volksentscheid, der die Enteignung von über 243.000 Wohnungen von Spekulationsfirmen wie der Deutschen Wohnen vorsieht. Diese Wohnungen sollen dann wieder zu geringeren Mieten und im Interesse der Mieter*innen verwaltet werden. Dies ist zweifellos ein Sieg für alle lohnabhängigen Menschen, die das Recht auf angemessenen Wohnraum und Sozialmieten gegen diejenigen verteidigen, die Wohnraum als eine Form von Profit und Spekulation betrachten.

Das Unternehmen Deutsche Wohnen hat die Wut seiner Berliner Mieter*innen in den letzten Jahren immer mehr auf sich gezogen. Obwohl sie das Monopol bei Mietwohnungen erlangten und allein in Berlin zuletzt 110.000 Wohnungen besaßen, haben sie ihre Mieter*innen mit drastischen Mieterhöhungen schikaniert. Sie haben das Recht auf angemessenen Wohnraum zu einem echten Geschäft gemacht, wodurch sich viele berufstätige Familien und junge Menschen ihre Miete kaum leisten konnten. Dies war einer der Gründe, warum der Volksentscheid erfolgreich war.

Wie kann das Recht auf angemessenen Wohnraum geschützt und auch in Zukunft gewährleistet werden?

Der Wille der Berliner Bevölkerung deutet auf eine Absage an Unternehmensmodelle wie die von Deutsche Wohnen und Vonovia hin, die Profitmaximierung vor die Bedürfnisse ihrer Mieter*innen stellen. Trotz des Abstimmungsergebnisses gibt es eine Mehrzahl an Abgeordneten in der Regierung, die sich weigern, den Willen der Mehrheit zu akzeptieren. Sie behaupten, dass die Umsetzung und Vergemeinschaftung höhere Kosten für die öffentlichen Kassen bedeuten würden, da sie diese Unternehmen entschädigen müssten. Dies ist zweifellos eine Ausrede eines schlechten Zahlers, denn wir alle wissen, dass der größte Teil der Wohnungen der Deutschen Wohnen bis vor einigen Jahren dem Land Berlin gehörte und sie zu einem günstigen Preis an die Deutsche Wohnen verkaufte. Was die Abgeordneten nicht erkennen, ist, dass das Modell Spekulationsgeschäfte auf dem Wohnungsmarkt zu betreiben, gescheitert ist.



Inhalt 02/2022

Fortsetzung zu "Wohnen - Ist es ein Recht oder eine Quelle für Profit und Spekulationen?"	Stimmen aus dem Stadtteil "Wie würdest du gerne wohnen?"	Alle bleiben Wohnen! Das Bremer Bündnis Zwangsräumungen Verhindern stellt sich vor	Das sollte ich wissen über Jobcenter und Mieterhöhung	Bericht zur Vollversammlung und über Solidarisch in Gröpelingen
-2-	-3-	-4-	-5-	-6-

Solidarisch in Gröpelingen

Thema

Das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung darf ebenso wie alle anderen Grundrechte, z. B. wie das Recht auf Bildung oder Gesundheitsfürsorge, nicht in den Händen einer Handvoll Unternehmen liegen, deren Hauptinteresse der Profit ist. Deshalb muss der Druck der Bevölkerung so lange aufrechterhalten werden, bis die Grundbedürfnisse aller erfüllt und die Regierung ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommt.



Ist die Situation in Bremen anders als die in Berlin?

Zwar werden die meisten Wohnungen in Bremen von privaten Vermieter*innen angeboten. Trotzdem gibt es auch hier einige große Unternehmen, die schon deutliche Anzeichen dafür geben, dass die Entwicklungen auch hier in Richtung des Berliner Modells gehen. Einer der größten Akteure auf dem Wohnungsmarkt ist das Unternehmen Vonovia, das 11.000 Wohnungen besitzt. Was bei Vonovia ins Auge sticht ist, dass sie nach dem Ergebnis des Volksentscheids für die Enteignung

von Vonovia war, an die Börse gingen und mehr als 50 % der Anteile von Deutsche Wohnen kauften. Dieser Trend zeigt sich auch in den anhaltenden Missbräuchen Vonovias gegenüber ihren Mieter*innen, die immer drastischer und häufiger werden, wie z. B. Mieterhöhungen oder Zwangsräumungen wegen Nichtzahlung.

Warum ist es wichtig, sich gegen diese Zustände zu wehren?

Es liegt jetzt an uns, eine öffentliche Debatte zu eröffnen und zu entscheiden, ob wir wegschauen und abwarten, bis uns das Wasser zum Hals steht, um dann zu reagieren, oder ob wir die Menschen in Berlin in ihrem Kampf für die Enteignung unterstützen und gleichzeitig den Widerstand in Bremen organisieren wollen.



Wir von Solidarisch in Gröpelingen möchten diesen Widerstand beginnen, indem wir uns mit den Kämpfen der 243.000 Familien gegen die Deutsche Wohnen solidarisieren, denn ein Sieg der Bevölkerung kann eine sehr wichtige Bedeutung für den Rest des Landes haben. Andererseits müssen wir uns den Missständen, Zwangsräumungen wegen Nichtzahlung und Mieterhöhungen entgegenstellen und dürfen nicht tatenlos zusehen.

Solidarisch in Gröpelingen

Stimmen aus dem Stadtteil

Entweder in einem Haus oder einer Wohnung, am liebsten auf 70qm, im Erdgeschoss mit Garten. Eine Garage wäre auch schön.

Ich würde gerne in einer großen WG wohnen, mit Garten, in der wir uns das Essen teilen und alle Aufgaben gemeinsam erledigen.



In einem großen Haus mit Garten, in dem wir Gemüse anbauen könnten. Und mit vielen Menschen

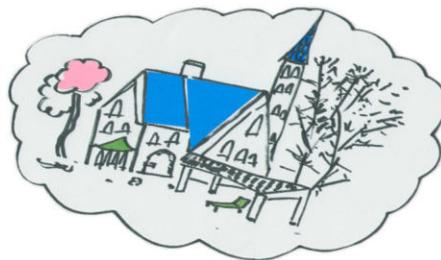
Wir waren in Gröpelingen unterwegs und haben euch gefragt: "Wenn du es dir aussuchen könntest, wie würdest du gerne wohnen?"

Ich würde gerne in einer 4-Zimmer Wohnung wohnen. Zusammen mit meinem Neffen, mit einem Garten. Erdgeschoss wäre am besten.



So wie ich jetzt schon wohne. Eine 2-Zimmer-Wohnung in Gröpelingen.

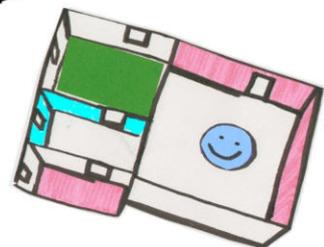
Am liebsten mit erneuerbaren Energerien und in einem Mehrgenerationenhaus. Ruhig gelegen wäre auch toll.



In einer Villa.

Am liebsten mit vielen Menschen, so ca. 10 Leute. Und abends kocht dann immer eine Person abwechselnd für alle, das wäre schön.

Ich würde gerne in einer Wohnung mit Garten wohnen. 2-3 Zimmer wären ideal. Und am liebsten in Bahnhofsnähe.



Solidarisch in Gröpelingen

Freund*innen vorgestellt

Das Bremer Bündnis Zwangsräumungen Verhindern

Seit wann gibt es das Bündnis gegen Zwangsräumungen in Bremen und was macht ihr?

Wir sind seit Anfang 2019 in der ganzen Stadt gegen Zwangsräumungen und Kündigungen aktiv. Das Bündnis ist ein Zusammenschluss aus Mieter*innen, Betroffenen von Kündigungen, politisch aktiven Menschen. Wer bei uns mitmachen will kommt zum offenen Treffen.

Wie erreicht man euch und was macht ihr genau?

Man kann uns telefonisch erreichen. Wir hören uns dann die Geschichte an, helfen der betroffenen Person mit rechtlicher Beratung. Wenn das gewünscht wird oder die rechtliche Gegenwehr schlicht nicht ausreicht machen wir politische Aktionen; das reicht dann von Begleitungen zu dem Gerichtstermin, bei dem die Kündigung verhandelt wird, bis hin zu Blockaden von Gerichtsvollziehern, um eine Räumung zu verhindern.

Wenn dein*e Vermieter*in also versucht, dich aus der Wohnung zu schmeißen, melde dich bei uns, komm zum Treffen. Gemeinsam sind wir stärker! Meldet euch hier, wenn ihr Fragen habt oder mitmachen wollt: 0176 86546283



Kannst du noch ein paar Beispiele nennen?

Die ESPABAU versuchte **2019** einen Mieter aus rassistischen Motiven zu kündigen. ADLER Wohnen versuchte **2020**, eine Mieterin, die sich gegen falsche Nebenkostenforderungen wehrte, aus der Wohnung zu werfen und im **November 2021** versuchte die GEWOBA durch eine Zwangsräumung eine Mieterin auf die Straße zu setzen. Sie sind damit gescheitert.

Sind es vor allem Wohnungsgesellschaften, die problematisch sind?

Nein, den größten Anteil am Wohnungsmarkt in Bremen haben Privatvermieter*innen. Sie verhalten sich häufig wie Feudalherren. Aus diesem Grund machen wir auch schon mal vor der Wohnung eines Vermieters, der seine Mieterin hinaus werfen will, eine Kundgebung. So wie im **Oktober 2021** im Viertel. Wir zeigen, dass die Mieterin nicht alleine ist.

Was sind eure Ziele?

Unser Ziel ist eine Welt, in der alle gut leben können und über die Dinge, die sie dazu brauchen, mitentscheiden können. Das versuchen wir bei uns hier und jetzt umzusetzen. Nicht nur, indem wir für einen Platz zum Wohnen für alle kämpfen – auch unsere Treffen und Aktionen sind zum Mitmachen. Wir versuchen nicht, anderen zu helfen indem wir ihnen Entscheidungen abnehmen – wir entscheiden gemeinsam, was wir tun.

Solidarisch in Gröpelingen *das sollte ich wissen*

Stress mit dem **Jobcenter?**



-  Du hast eine Antrag beim Jobcenter gemacht, aber bekommst immer noch kein Geld? Dann komm in die Beratung !
-  Nach dem Antrag gibt dir das Jobcenter eine sogenannte "Eingliederungsvereinbarung". Darin ist aufgeschrieben, was du nach Meinung des Jobcenters machen musst. Du musst das nicht vor Ort unterschreiben. Besser ist, die "Eingliederungsvereinbarung" mit nach Hause zu nehmen und in der Beratung zu besprechen.
-  Dein Lohn ändert sich jeden Monat, aber das Jobcenter rechnet mehr Lohn an als zu bekommst? Dann komm in die Beratung!

Jobcenter - es reicht !!
Kundgebung in Gröpelingen
Sa | 26.02. | 14 Uhr | Ohlenhof



Komm vorbei und berichte von deinen Erfahrungen

Mieterhöhung erhalten - was tun?

Laut Gesetz dürfen Vermieter:innen die Miete an die "ortsübliche Miete" angleichen.

ABER: die Miete darf innerhalb von 3 Jahren maximal um 15 % der Kaltmiete erhöht werden.

UND: dein Vermieter muss die ortsübliche Miete belegen. Das kann er z.B. in dem er die durchschnittliche Miete von 3 Wohnungen in der direkten Umgebung nennt. Aber: die Vergleichs-Wohnungen müssen dieselbe m² Zahl, Ausstattung etc. haben. Auch hier wird häufig getrickst.

Wenn du eine Mieterhöhung bekommst,
informiere dich bevor du etwas unterschreibst !!

Solidarisch in Gröpelingen

Vollversammlung

Alle 6 Wochen findet die Vollversammlung von Solidarisch in Gröpelingen statt. In der Vollversammlung treffen sich alle Mitglieder der Stadtteilgewerkschaft und besprechen gemeinsam, welche aktuellen Themen oder Probleme es gibt und was dagegen unternommen werden kann. Auf der letzten Vollversammlung standen Probleme und Erfahrungen mit dem Jobcenter im Mittelpunkt. Viele der Anwesenden haben berichtet, dass sie die Bürokratie des



Jobcenters in den Wahnsinn treibt: tausende von Formularen, ständig neue Briefe und häufig über Monate kein Geld. Deshalb haben wir beschlossen, eine erste Kundgebung in Gröpelingen zum Thema "Jobcenter - es reicht!" zu organisieren. Unser Ziel ist später im Jahr mit konkreten Forderungen vor das Jobcenter zu ziehen und Verbesserungen durchzusetzen. Super viele Leute haben Probleme mit dem Jobcenter, aber jede*r kämpft alleine. So wird sich nie etwas ändern. Deswegen wollen wir anfangen, uns zu organisieren.

Solidarisch in Gröpelingen ist eine Stadtteilgewerkschaft. Menschen werden Mitglied in der Stadtteilgewerkschaft, um sich besser gegen Probleme im Alltagsleben zur Wehr setzen zu können, wie z.B. Mietprobleme, Ärger mit dem Jobcenter, Stress auf der Arbeit, Erfahrungen mit Rassismus oder Sexismus. Um die eigene rechtliche Situation zu kennen, bieten wir Beratung in Mietrecht, Aufenthaltsrecht, Arbeitsrecht und Sozialrecht an. Aber Beratung kann nicht jedes Problem lösen. Als Stadtteilgewerkschaft können wir Druck auf schlechte Arbeitgeber*innen, Vermieter*innen oder das Jobcenter aufbauen, in dem wir öffentliche Aktionen machen oder mit vielen auf die Straße gehen.

Solidarisch in Gröpelingen hat aber auch eine politische Vision. Wir sind davon überzeugt, dass eine grundlegende Veränderung dieser Gesellschaft notwendig ist, weil Kapitalismus immer mehr Armut und Ausbeutung produziert und die Natur nachhaltig zerstört. Deshalb ist es wichtig, Wege zu finden, wie eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft ohne Rassismus und Sexismus aufgebaut werden kann. Wir denken, dass eine solche Veränderung nicht von der Politik kommen wird. Sondern es braucht viele Menschen, die sich gemeinsam organisieren und für eine andere Gesellschaft kämpfen. Wenn du Interesse hast, mitzumachen, melde dich: Wir machen regelmäßig Aktiventreffen und alle 6 Wochen eine Vollversammlung.

Solidarisch in Gröpelingen ist unabhängig von Parteien, staatlichen Institutionen, Gewerkschaften und religiösen Einrichtungen. Wir finanzieren uns durch Spenden von allen, die das Projekt gut finden oder sich darin aktiv beteiligen. Die Idee lebt davon, dass sich immer mehr Menschen in Solidarisch in Gröpelingen organisieren und aktiv mitgestalten.

Solidarisch in Gröpelingen

Adresse: Liegnitzstraße 12, 28237 Bremen

Homepage: www.solidarisch-in-groepelingen.de

Tel: 0163 9711409

Email: stadtteil-soli@riseup.net

Auf Social Media:

facebook und twitter und instagram

Beratungstelefon: 0174 5361588

Beratungsemail: beratung-sig@riseup.net

